

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Theaterdonner

Öffentlichkeitswirksames Schatzenboxen bestimmt derzeit die Auseinandersetzung zwischen den Regierungen Griechenlands und Deutschlands. Vor allem der Bundesfinanzminister geriert sich (noch) als vertragstreuer Kassenswart, der nicht bereit ist, die Erfüllung linker Wahlversprechen in Hellas zu finanzieren. Auch die EU-Kommission will angeblich auf der strikten Einhaltung der Verträge bestehen. Polit-Insider in Berlin gehen allerdings davon aus, dass es sich hier nur um Theaterdonner handelt. Das dreiste Ausmaß an rhetorischen Schuldzuweisungen, Manipulationen, Brüskierungen und Erpressungsversuchen durch die neue griechische Regierung stützt diese Annahme. Die merkwürdige Koalition in Athen scheint sich sicher zu sein, ihre weitreichenden finanziellen Forderungen letztlich durchsetzen zu können. Flexibel zeigt man sich allenfalls bei der Wahl der Etiketten. So wird der bei deutschen Wählern zu Recht unpopuläre Begriff Schuldenschnitt generös durch den Terminus Umschuldung ersetzt. Um kritische Geister zu beruhigen und einzuschlängeln, wird man jetzt via „Brückenlösung“ versuchen, Zeit zu gewinnen. Ein erfahrener Wirtschaftsjournalist vermutet, dass sich die Bundesregierung schon nach der Hamburg-Wahl hinter den Kulissen deutlich gesprächsbereiter zeigen wird.

GREXIT

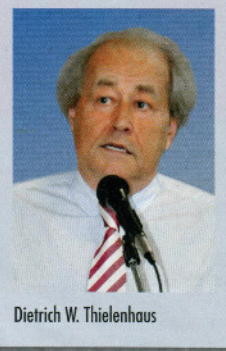
Ein Ausstieg Griechenlands aus dem Euro wird von einigen Medien als Untergang des Abendlandes deklariert. Die europäischen Regierungen tun offenbar

alles, um schon die Diskussion über diesen volkswirtschaftlich naheliegenden Schritt zu vermeiden. Hier scheint die (gute) europäische Idee zur gefährlichen Fiktion zu degenerieren. Der angeblichen Gefahr unkontrollierbarer Domino-Effekte steht als reale Alternative die politische überfällige Entscheidung gegenüber, nicht weiter unbegrenzt zig Milliarden im griechischen Fass ohne Boden zu versenken. Die Rating-Agentur Standard & Poor's bezeichnet einen Grexit inzwischen für die Euro-Zone als verkraftbar. Unzutreffend sei auch die Athener Legendenbildung, dass die Gemeinschaftswährung nach einem Ausstieg Griechenlands wie ein Kartenhaus zusammenbrechen werde. In der berechtigten Annahme, dass Griechenland im wohlverstandenen Eigeninteresse ein Ausscheiden ablehnen wird, empfiehlt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW): „Bei einer Reformverweigerung ist zu erwägen, die Zentralbankgeldversorgung des betreffenden Staates durch das Eurosystem aufzugeben und dem betreffenden Staat – nach Vorbild der Ausschlussregelungen des IWF – das Stimmrecht im EZB-Rat zu entziehen. Dies würde einen faktischen Ausschluss aus der Währungsunion bedeuten.“ Alan Greenspan, der frühere Chef der US-Notenbank, sieht mittlerweile im Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone die Voraussetzung für die Lösung der Schuldenkrise.

„Schändliche Politik“

Im bemerkenswerten Klartext hat sich Anton Bömer, der Präsident des Bundesverbandes Groß- und

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Außenhandel, gegen die neuen EZB-Beschlüsse zur Flutung der Finanzmärkte ausgesprochen. Bekanntlich sollen – de facto unbegrenzt – 60 Mrd. EUR pro Monat für den Ankauf mehr oder weniger fauler Staatsanleihen gedruckt (und verpulvert) werden. Damit wird die Selbstverpflichtung umgangen, niemals Euro-Länder mit der Notenpresse zu finanzieren. Bömer stellt dazu fest: „EZB-Chef Mario Draghi betreibt die Aufweichung unserer Währung und beschleunigt die schleichende Entwertung der deutschen Sparer. Das ist eine schändliche Politik.“ Wenn die EZB den Krisenländern durch die Abwertung des Euro den Druck nehme, werde sich nie etwas ändern. Im Gegenteil seien stärkere Reformanstrengungen erforderlich. Die Warmwasserländer verstünden nur die harte Sprache und harte Taten der Kapitalmärkte.

Target2-Risiken

Die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber dem Eurosystem sind im Januar 2015 um 54 Mrd. auf 515 Mrd. empor geschossen. Es handelt sich dabei um einen der größten Zuwächse seit Ausbruch der Finanz- und Euro-Krise. Ifo-Präsident Sinn führt diese Entwicklung auf die massive Kapitalflucht aus Griechenland zurück. Die neuen Notfalkredite der EZB in Höhe von 60 Mrd. EUR dienen – so Sinn – jetzt auch dazu, den grie-

chischen Vermögenseigentümern und ausländischen Anlegern die Flucht zu erlauben. Der deutschen Öffentlichkeit sind die volkswirtschaftlichen Risiken der Target2-Salden noch weitgehend unbekannt. Sollte das zunehmend fragile Konstrukt der Gemeinschaftswährung irgendwann auseinanderbrechen, bliebe Deutschland zumindest teilweise auch auf diesen gewaltigen Forderungen sitzen.

Lux-Leaks

Während der Amtszeit von Jean-Claude Juncker als luxemburgischer Finanz- und Premierminister sollen rund 340 Konzerne durch spezielle „Vereinbarungen“ Steuern in Milliarden-Höhe zulasten anderer Länder gespart haben. Vor diesem Hintergrund war im EU-Parlament eine Initiative zur Bildung eines Untersuchungsausschusses gestartet worden, nachdem zuvor ein Misstrauensvotum gegen den Kommissionspräsidenten gescheitert war. Jetzt haben die Sozialdemokraten und die EVP ihre Mehrheit im EU-Parlament genutzt, um einen Untersuchungsausschuss zu verhindern. Angeblich habe es „rechtliche Bedenken“ gegeben. Der EVP-Kandidat Juncker war 2014 bekanntlich mit Unterstützung der Sozialdemokraten in sein Amt gewählt worden. Ob und welche „Gegenleistungen“ vereinbart worden sind, ist nicht bekannt.